

Verwaltung & Management

Zeitschrift für moderne Verwaltung

Öffentliche Aufgaben ■ E-Government ■ Finanzen und Rechnungswesen ■
Führung und Strategie ■ Public Governance ■ Organisation ■ Personalmanagement

Aus dem Inhalt

Moritz Ansmann/Markus Seyfried

Heavy hand oder laissez faire?

Christian Fritze

Generationengerechte Haushaltswirtschaft durch
nominale oder reale Kapitalerhaltung?

Tobias Krause/Lucas Sy/Marcus Coorsen von Löwenstein

Anforderungen an eine integrierte Risikosteuerung
für öffentliche Unternehmen

Tino Schuppan

Der Mietendeckel in Berlin: Naivitäten,
Populismus, Sozialismus

www.verwaltung-management.de

4 | 2019
Juli | August



Nomos

Inhalt

Auf ein Wort...

Heavy hand oder laissez faire?

Moritz Ansmann/Markus Seyfried

Im Gewährleistungsstaat ergeben sich bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben grundsätzlich vielfältige Möglichkeiten einer kooperativen Aufgabenteilung zwischen staatlichen und privaten Akteuren. Dies setzt jedoch voraus, dass staatliche Behörden ihre Rolle als zentrale Regulierungs- und Kontrollinstanz wahrnehmen und damit ihrer Gewährleistungsverantwortung gerecht werden. Mit Blick auf die zunehmende Auslagerung von Sicherheitsaufgaben untersucht der Beitrag die Kontrollpraxis staatlicher Behörden gegenüber privaten Sicherheitsdienstleistern. Dazu wird auf quantitative Befunde einer Online-Befragung von Ordnungsbehörden und Sicherheitsdienstleistern zurückgegriffen. Zu deren Einordnung werden qualitative Ergebnisse einer Interviewstudie herangezogen. Während die quantitativen Befunde ein weitreichendes Kontrolldefizit offenlegen, verdeutlichen die qualitativen Erkenntnisse eine Vielfalt dahinterliegender Kontrollherausforderungen.

Generationengerechte Haushaltswirtschaft durch nominale oder reale Kapitalerhaltung?

Christian Fritze

Zentrales Systemelement des doppischen öffentlichen Rechnungswesens ist der Haushaltsausgleich, durch den das Eigenkapital betragsmäßig erhalten und anhand dessen beurteilt werden soll, ob generationengerecht gewirtschaftet wurde. Unbeachtet bleiben jedoch die Inflation und der Anstieg der Güterpreise im Zeitablauf. Es stellt sich daher die Frage, ob die Erhaltung des Eigenkapitals auch auf eine generationengerechte Haushaltswirtschaft rückschließen lässt, wenn verbrauchtes Vermögen bei der Wiederbeschaffung teurer ist als bei der letzten Anschaffung. Daher werden zunächst die Schwächen des bisher verfolgten Kapitalerhaltungskonzepts hinsichtlich des Ziels „Generationengerechtigkeit“ identifiziert, stellvertretend anhand des kommunalen Haushaltsrechts NRW. Anschließend wird mit der Realkapitalerhaltung ein alternatives Konzept diskutiert, welches inflationsbedingte Preisänderungen beim wiederzubeschaffenden Vermögen berücksichtigt. Hierbei zeigt sich, dass dieses wegen praktischer Umsetzungsprobleme zu kritisieren und bei genauerer Betrachtung der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen auch gar nicht notwendig ist, um Generationengerechtigkeit zu gewähren.

Anforderungen an eine integrierte Risikosteuerung für öffentliche Unternehmen

Tobias Krause/Lucas Sy/Marcus Coorssen von Löwenstein

Öffentliche Aufgaben werden häufig in staatseigene Unternehmen ausgegliedert. Insbesondere strategische

- 154 Vorhaben wie eine einheitliche IT-Beschaffung oder die Konsolidierung des IT-Betriebs werden durch öffentliche Unternehmen auf Bundesebene vorangetrieben. Jedoch gelingt es der Bundesverwaltung nur selten, eine ausreichende Transparenz über die Risiken dieser ausgegliederten Einheiten herzustellen. Zum Umgang mit Unternehmensrisiken in öffentlichen Beteiligungen skizzieren die Autoren die Grundzüge einer integrierten Risikosteuerung für die öffentliche Hand. Im Kontext spezifischer Problemlagen werden entsprechende Anforderungen ausformuliert und die wichtigsten Schnittstellen zum Gesellschafter beschrieben. Letztlich werden die zentralen Elemente zusammengefasst, Limitationen aufgezeigt und Implikationen für Wissenschaft und Praxis abgeleitet.

Debattenbeitrag: Der Mietendeckel in Berlin: Naivitäten, Populismus, Sozialismus

188

Tino Schuppan

In diesem Debattenbeitrag wird dargelegt, dass die heutige Situation im Politikfeld Wohnen weitestgehend staatlich verursacht ist. Das Themengebiet Wohnen zählt seit Jahren zu den strittigsten Themen in Politik und Gesellschaft. Vor allem die angedachten neuerlichen Mietregulierungen (so genannter Mietendeckel) in Berlin sind weder aus Sicht einer nachhaltigen Immobilienwirtschaft noch zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geeignet. Zudem gibt es Bedenken, ob eine allzu starke Mietregulierung einen unverhältnismäßig hohen staatlichen Erfüllungsaufwand mit sich bringen würde. Auch aus staatlicher Sicht wären andere Instrumente besser geeignet.

New Work im öffentlichen Sektor?!

194

Christian Schachtner

Die Dynamisierung der Arbeitswelt erfordert es, zunehmend die Herausforderungen von agilen und vernetzten Arbeitsmethoden innerhalb einer zunehmend digitalisierten Welt aktiv anzugehen. Dies ist aufgrund von veränderten gesellschaftlichen Anforderungen auch für den öffentlichen Sektor ein Thema. In diesem Beitrag soll ein Umsetzungskonzept auf Basis des „Canvas Business Model“ und dem Methodenset der „Liberating Structures“ vorgestellt werden.

Mitteilungen

199

Impressum

200

173